

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Druck: Eduard Steinbrücker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die obere Hälfte der Seite oder deren Raum 1 Mk.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Der Massenstreik.

Es war leicht vorauszu sehen, daß der Massenstreik in Oesterreich eine Welle auch nach Deutschland schlagen würde. Wenn es der Zweck des für die deutsche Presse erlassenen Verbots, über die Vorgänge in Oesterreich zu berichten, war, das Bekanntwerden dieser Vorgänge und damit eine große Streikbewegung in Deutschland zu verhindern, dann ließ sich ebenso leicht voraussehen, daß das ein Versuch mit untauglichen Mitteln bleiben würde.

Die politische Atmosphäre befand sich auch im Deutschen Reich im Zustande der Hochspannung, und es bedurfte nur eines schwachen Anstoßes, um die Entladung auszulösen. Das deutsche Volk, soweit es nicht zu der ehrbaren Gilde der Kriegsgewinner und Lebensmittelwucherer gehört, hat unter den Wirkungen des Krieges schwer zu leiden. Das Verlangen nach Wiederkehr des Friedens wird immer stärker. Die Verlangen stellen sich die in der Vaterlandspartei zusammengeschlossenen Reaktionen aller Schattierungen mit einem betäubenden Lärm entgegen. Sie verlangen die Fortsetzung des Krieges bis zu völliger Vernichtung der feindlichen Mächte. Dem nur ein völlig besiegter Feind kann sich die Nummer von Gebietsteilen in folch wahnsinnigem Umfang gefallen lassen, wie er von den Vaterlandsparteilern gefordert wird. Ob die deutsche Wehrmacht nach einem dreieinhalbjährigen opferreichen Krieg noch imstande ist, einen so entscheidenden Sieg zu erzwingen, mag dahingestellt sein. Jedenfalls bedeutet die Fortsetzung des Krieges zur Erreichung derartiger Ziele eine gewaltige Steigerung der jetzt schon ins Ungeheure gehenden Opfer an Gut und Blut.

Die Kriegsziele der Vaterlandspartei bedeuten eine Verewigung der Feindschaft Deutschlands mit aller Welt. Statt nach dem Kriege zur Abrüstung zu kommen, würde das Weltreich in gesteigertem Umfang fortgesetzt werden. Unser Land würde noch stärker ausgebeutet, als das ohnehin der Fall ist, aber für die Lieferanten von Heresbedarf eröffnen sich glänzende Aussichten; ihnen würden weitere Riesengewinne in die Taschen gejagt. Die Verwirklichung der Ziele der Vaterlandspartei bedeutet zugleich den Sieg der schwärzesten Reaktion im Innern. Die maßgebendsten Wortführer der Vaterlandspartei sind zugleich die stärksten Gegner jedes sozialpolitischen Fortschritts. Nach ihrem Wunsch müßte die sozialpolitische Gesetzgebung rückwärts revidiert werden. Den tapferen Kriegern, die unter Aufopferung ihres Lebens, ihrer Gesundheit, ihrer heiligen Ehre das Vaterland verteidigt und den Kriegsgewinnern ermöglicht haben, aus der Not des Vaterlandes reiche Profite zu ziehen, sollen nach der Rückkehr aus dem Felde nicht nur in das alte Loch gespart, die ihnen aufgelegte Last soll noch erschwert werden. In Worten will man sie wohl preisen, aber in der Tat sollen sie als Parasiten behandelt werden.

Die Mißhandlung der Kriegsverletzten in verschiedenen Versammlungen der Vaterlandspartei hat eine ungeheure Erregung wachgerufen, von deren Tragweite man sich anscheinend an den maßgebenden Stellen gar keine rechte Vorstellung gemacht hat. Die Mächte der Vaterlandspartei konnten sich als die maßgebenden Herren in Deutschland aufspielen, und die Zensur gewährte ihnen einen Schutz, um den sie gekrönte Häupter beneiden dürften. Der Volksvertretung gegenüber hat sich die Regierung nicht offen für die Vaterlandspartei erklärt, aber manche Vorgänge geben Kunde von dem weitreichenden Einfluß dieser Herren. Bei den Verhandlungen im Hauptauschuß hat sich die Reichsregierung nicht mit der Deutlichkeit für einen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen ausgesprochen, welche die große Mehrheit des deutschen Volkes mit Recht erwarten durfte. Insbesondere hat die Rede des Reichskanzlers durch ihre Zweideutigkeit starke Enttäuschung und Mißstimmung hervorgerufen.

Zu diesen Zweifeln über die wahre Absicht der Regierung in der Friedensfrage kommen die Ernährungs-schwierigkeiten. Wir wissen, daß wir uns einschränken müssen, und wir haben geduldig auch in dieser Hinsicht die schwersten Opfer gebracht. Man müßte aber geradezu Fischblut in den Adern haben, wenn man nicht in Erregung kommen wollte angesichts der ungeheuren Mißwirtschaft in unserer Ernährungs-politik. Immer schmaler werden die Nationen, die man uns zuteilt, weil die Vorräte angeblich nicht reichen, dabei steht ein ausgebeuteter Schleichhandel mit Lebensmitteln zu Wucherpreisen in voller Blüte. Wer genügend Geld hat, braucht nicht Mangel zu leiden; er kann sich die erforderliche Nahrung in reichen Mengen gönnen und — mit gestültem Magen dem hungrigen Volk das Durchhalten predigen.

Die Last des Hungers ließe sich viel leichter ertragen, wenn sie auf alle gleichmäßig verteilt würde. Die Leiter unseres Ernährungs-wesens scheuen aber vor unerwarteten Maßnahmen zurück, um nicht den Agrariern wehe zu tun. Statt die Nahrungsmittel an der Erzeugung-stelle zu beschlagnahmen und dadurch den Wucher und den Schleichhandel an der Wurzel zu unterbinden, geht man jetzt mit gerichtlichen Prozeduren gegen

die Opfer des Wuchers vor. Gemeindeverwaltungen werden unter Anklage gestellt, weil sie sich pflichtschuldig bemüht haben, den Hunger der Gemeindeangehörigen zu stillen, diese Aufgabe aber nur erfüllen konnten gegen Zahlung von Wucherpreisen an ihre Lieferanten.

Wenn man übrigens von der Lebensmittelnot spricht, darf man nicht den Wucher übersehen, der in den verschiedenen Zweigen des Bekleidungs-gewerbes getrieben wird und sich in unerträglicher Weise gesteigert hat. Das alles zusammengekommen erzeugt die Stimmung, die zu Explosionen führt. Das um so mehr, als durch die Herrschaft von Belagerungs-zustand und Zensur die Ventile verstopft werden, durch welche sich die Erregung in normaler Weise Luft schaffen könnte. Wenn man das Versammlungsleben unterbindet und die Presse verhindert, das auszusprechen, was ist, dann werden die Ausbrüche der Volksstimmung, die man verhindern möchte, geradezu hervorgerufen.

Zur Seidehize wurde die Erregung gesteigert durch die Behandlung, welche die Wahlrechts-vorlage im preussischen Landtag erfährt. Wenn man es darauf angelegt hätte, den Willen des deutschen Volkes zu verhöhnen, ihm zu zeigen, daß es rechtlos ist und sich zu tunzen hat, wenn es eine Handvoll Junker und Millionäre als Erwählte des Geldsacks beschlen, dann konnte man das nicht besser anfangen, als es die Verfassungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses getan hat. Die Tätigkeit dieser Kommission war es, die dem Faß den Boden ausge-schlagen hat.

Die Arbeitseinstellung am 28. Januar war der spontane Ausbruch des Volkswillens. Dem widerspricht es nicht, daß vorher durch Flugblätter zur Arbeitseinstellung aufgefordert wurde. Wäre die Stimmung nicht so ungeheuer gereizt gewesen, dann hätten die angenommenen Flugblätter, von denen, nach dem vom Abgeordneten Haase im Hauptauschuß des Reichstages abgelegten Zeugnis, auch die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei keine Kenntnis hatte, unmöglich soviel Anklang gefunden. Aber das ist das Verhängnis der Arbeiterbewegung, daß durch die unheilvolle Zersplitterung der Sozialdemokratischen Partei unverantwortliche Elemente, die sich im Verborgenen halten, einen solchen Einfluß gewinnen können. Jeder kleine Streik bedarf, wenn er zum Ziel führen soll, einer planmäßigen Leitung, um wieviel mehr eine Bewegung wie diese, die nur durch ihre Massenhaftigkeit wirken kann. Nach der Absicht der anonymen Flugblattschreiber sollten aber die berufenen Vertreter der Arbeiter-schaft, die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, in keiner Weise zu der Leitung zugelassen werden. Damit wäre die Bewegung von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.

In der ersten Versammlung der Vertrauens-männer der Berliner Streikenden war zunächst mit 198 gegen 196 Stimmen beschlossen worden, eine Vertretung der Sozialdemokratischen Partei nicht in die Streikleitung eintreten zu lassen. Inzwischen war der Parteivorstand von Delegierten der Streikenden beauftragt worden; er wollte sich aber nicht aufdrängen und machte die Entsendung von Vertretern von einer entsprechenden Ein-ladung durch die Delegierten der Streikenden abhängig. Darauf beschloß die gleiche Versammlung gegen den heftigen Widerspruch des unabhängigen Abgeordneten Ledebour mit 300 gegen 40 Stimmen, die Leitung einer Kommission zu übertragen, die aus 11 Arbeiterdelegierten und je drei Vorstandsmitgliedern der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammengesetzt war. Dieser Vorgang ist symptomatisch, und er verdient festgehalten zu werden.

Ueber den Umfang des Ausstandes sind genaue Angaben nicht zu erlangen. Offenbar sind die Zeitungen durch die Zensur in der Berichterstattung beschränkt. Am ersten Streiktag wurden in Berlin nach den Feststellungen der Streikleitung rund 250.000 Streikende gezählt, ob sich diese Zahl, wie erzählt wurde, an den folgenden Tagen verdoppelt hat, läßt sich nicht feststellen. Ebenjowentig läßt sich eine vollständige Uebersicht über die Streikbewe-gung im Reich geben; anscheinend wurden alle größeren Städte in mehr oder weniger umfangreicher Weise betroffen. Aufser Geratewohl seien Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg, München, Köln, Kiel, Mannheim, Kassel genannt; im rheinisch-westfälischen Industriegebiet soll die Bewegung nur einen geringeren Umfang angenommen haben; nähere Feststellungen sind darüber zurzeit nicht möglich. Soweit sich übersehen läßt, haben in den meisten Städten die Leitungen der beiden sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaftskartelle die Führung der Bewegung in die Hand genommen.

In Nürnberg fand am Vormittag des 29. Januar eine riesige Versammlung unter freiem Himmel statt, bei der von sechs Tribünen Ansprachen gehalten wurden. Hier wird die Zahl der Streikenden auf 50.000 geschätzt. Auf einstimmigen Beschluß der Vertrauensmänner der beiden sozialdemokratischen Parteien wurde die Demonstration, die in voller Ruhe verlief und in keiner Weise gestört worden

war, abends 6 Uhr geschlossen und am anderen Tage die Arbeit wieder aufgenommen. Auch in Magdeburg for-derte ein gemeinsamer Aufruf der beiden sozialdemokratischen Parteien und des Gewerkschaftsartells am 31. Januar zur Wiederaufnahme der Arbeit am folgenden Tag auf.

In Berlin nahm die Bewegung einen anderen Verlauf. Der „Vorwärts“, der am Dienstag freilich über den Ausbruch des Streiks berichtet hatte, wurde verboten. Die Streikleitung, die am 29. Januar beim Staatssekretär des Innern, Wallraf, vorsprechen wollte, wurde nicht empfangen. Herr Dr. Wallraf erklärte sich zwar bereit, mit den der Streikleitung angehörenden Abgeordneten zu verhandeln, nicht aber mit den streikenden Arbeitern, die zur Kommission gehörten. Seit dem 29. Januar durften in Berlin keine Ver-sammlungen abgehalten werden. Am 30. Januar wurde um die Mittagszeit das Gewerkschaftshaus polizeilich geräumt. Die Angestellten in den Gewerkschaftsbureaus weigerten sich, dem polizeilichen Befehl Folge zu leisten. Sie blieben zwar unbehelligt, aber jeder Verkehr des Publikums im Gewerkschaftshaus wurde verhindert. Diese Sperre wurde am folgenden Tage wieder aufgehoben, doch erschien am 31. Januar ein Säulenschlag des Oberkommandos in den Marken, durch welchen der von den Streikenden eingefetzte „Arbeiterrat“ aufgelöst und jede Bildung irgendeiner neuen Zeitung der Streik-bewegung verboten wurde.

Bisher war die Bewegung in musterhafter Ruhe ver-lausen. Seit dem Verbot des „Vorwärts“ hatten sich auch die Buchdrucker am Streik beteiligt, so daß die Berliner Zeitungen nur sehr unregelmäßig und in stark redu-ziertem Umfang erscheinen konnten. Am Abend des 31. Januar kam es an verschiedenen Stellen von Groß-Berlin zu Tumulten, bei welchen Schüsse gewechselt und eine Anzahl von Personen verletzt, ein Polizeibeamter sogar ge-tötet wurde. Diese Vorgänge sind im höchsten Maße zu be-dauern, weil sie die Bewegung nur diskreditieren. Die organisierte Arbeiterschaft muß aber für die Ausschreitungen jede Verantwortung ablehnen. Sie sind erst vorgelommen, als die Streikenden durch die Verfügung des Militärbefehlshabers jeder Zeitung beraubt waren, so daß die undisziplinierten Elemente sich ungehemmt hervorzuragen konnten.

Die Folge dieser Vorgänge war die Verhängung des ver-fürchten Belagerungs-zustandes über Berlin und Umgebung. Das bedeutet, daß außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt werden, welche unter Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechts-garantien über eine Reihe im Gesetz genannter Straftaten urteilen. Dieser Bekannt-machung folgte am Sonnabend, den 2. Februar, eine weitere, nach welcher sieben namhaft gemachte Betriebe der Rüstungs-industrie unter militärische Leitung gestellt werden. Den Arbeitern wird aufgegeben, am Montag, den 4. Februar, die Arbeit wieder aufzu-nehmen. Den Zuwiderhandelnden werden schwere Strafen nach den Vorschriften des Belagerungs-zustandes angedroht; den Militärpflichtigen wird außerdem in Aussicht gestellt, daß sie militärisch eingezogen werden. Bereits unterm 29. Januar hatte das Generalkommando in Altona für Hamburg und Umgebung eine ähnliche, aber noch schärfere Maßnahme angeordnet. Danach sind alle wehr-pflichtigen Arbeiter der Rüstungsbetriebe, die nicht am 31. Januar morgens die Arbeit aufgenommen haben, zum Heresdienst eingezogen. Ihnen wird die Wiederaufnahme der Arbeit dienstlich befohlen. Sie erhalten dann Soldatenlöhnung und unterstehen den Kriegsgesetzen.

Ueber den weiteren Verlauf der Bewegung in Berlin entnehmen wir einer Darstellung des Vorstandes der So-zialdemokratischen Partei, die dieser in dem seit dem 1. Fe-bruar wieder erscheinenden „Vorwärts“ veröffentlicht, daß am 31. Januar, im Anschluß an eine Unterredung über Wirtschaftspragen mit dem Staatssekretär v. Stein, eine Aus-sprache zwischen dem Reichskanzler und den Abgeordneten Robert Schmidt und Bauer stattfand. Der Reichskanzler erklärte sich zu Verhandlungen bereit, wenn außer den Abgeordneten der beiden sozial-demokratischen Parteien auch die Generalkommission offiziell an ihnen beteiligt wäre. Einen Vorschlag, nach welchem vier Abgeordnete aus den beiden Parteien, darunter der zweite Vorsitzende der Generalkommission, Bauer, sowie drei gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die Verhandlungskommission bilden sollten, lehnte der Reichs-kanzler ab, der auf eine offizielle Teilnahme der General-kommission bestand. Die Kommission so zusammenzusetzen, wie der Reichskanzler wünschte hat die Unabhängige So-zialdemokratische Partei abgelehnt. Damit wären die Be-mühungen, Verhandlungen herbeizuführen, gescheitert.

Knaprätiglich verbreitete das Wolffsche Telegraphen-bureau eine Nachricht, nach welcher die Abgeordneten Ober, Haase, Ledebour und Scheidemann am 2. Februar in Anwesenheit des Vizekanzlers Barer, des Staatssekretärs Wallraf und des Ministers des Innern, Drews, vom Reichskanzler empfangen wurden. Graf Hertling lehnte es ab, bei den Militärbehörden die Ge-

haltung einer Versammlung der Vertrauensmänner der Streitenden zu bekräftigen. Selbst wenn eine solche Versammlung zu dem Ergebnis führen würde, daß die Streitenden auf neue Verhandlungen, mit der Regierung zu verhandeln, müßte die Regierung einen solchen Antrag ablehnen. Die Regierung verlangt also die bedingungslose Unterwerfung der Streitenden. Sie sieht sich dabei auf den Belagerungszustand und die außerordentlichen Kriegsgerichte. Ueber die Kunst, mit dem Belagerungszustand zu regieren, hat einst der italienische Staatsmann Cavour ein berühmtes gewandenes drastisches Wort gesprochen; nicht minder berühmt ist das Wort eines Augenfranzösischen Staatsmannes, wonach die Bajonette für viele Dinge gut seien, nur nicht, um darauf zu sitzen. Unsere Reichsregierung war sehr schlecht beraten, als sie ihre letzte Erklärung abgab. Ihr Belohnungsbescheid, der die scharfmacherische Auffassung, mit streikenden Arbeitern grundsätzlich nicht zu verhandeln, gießt Öl ins Feuer. Unter Anwendung der militärischen Machtmittel kann wohl die Wiederaufnahme der Arbeit erzwungen werden; es bedarf aber wirklich keiner großen Weisheit, um voranzusehen, welche Stimmung damit im Innern erzeugt und welche Wirkung dieses Verhalten im Ausland hervorrufen wird.

Von der Presse der Scharfmacher wird der Streik als willkommenes Anlaß benutzt, gegen die Arbeiterbewegung zu hetzen. Sie sieht den Augenblick schon gekommen, wo hinter alles, was als „Neuorientierung“ gilt, der Schlüsselpunkt gesetzt werden kann. Die alte, gegen die Arbeiterschaft gerichtete Unterdrückungspolitik müßte jetzt in verschärfter Form wieder in Kraft gesetzt werden. Durch den Massenstreik habe sich die Arbeiterschaft jeden Anspruch auf Entgegenkommen verschert, denn die Arbeitseinstellung, von der hauptsächlich die Rüstungsbetriebe erfaßt wurden, sei Landesverrat.

Darauf ist zu erwidern, daß die Stellung der Arbeiterschaft zur Landesverteidigung keine Änderung erfahren hat. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß die deutschen Arbeiter von dem festen Willen erfüllt sind, den annexionsistischen Plänen der feindlichen Regierungen den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Wir werden es nicht dulden, daß Deutschland zerstört und wirtschaftlich ruiniert wird. Mit der gleichen Entschiedenheit treten wir aber auch den Eroberungsplänen entgegen, wo und soweit sie in Deutschland verfolgt werden. Wir wollen einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen und verlangen, daß dem Kriege ein Ende gemacht werde, wenn das Ziel der Sicherung erreicht ist.

Der Vorwurf des Landesverrats durch Behinderung der Rüstungsarbeit kann die streikenden Rüstungsarbeiter nicht treffen; sie wissen sehr wohl, daß ein kurzer Streik in dieser Zeit die Rüstung des Heeres in keiner Weise beeinträchtigt. Wäre es ein Streik aus wirtschaftlichen Gründen gewesen, dann wäre der Zeitpunkt so unglücklich wie möglich gewählt gewesen. Es ist kein Geheimnis, daß es an Kohlenmangel ist, so daß in der Rüstungsindustrie vielfach geheizt werden mußte. Die Unternehmer sparen durch den Streik die Entschädigung, die sie den wegen Kohlenmangels jeztenden Arbeitern hätten zahlen müssen, und durch die Betriebsunterbrechung ist es möglich geworden, Kohlen heranzuschaffen und manche Verstopfungen auf den Eisenbahnen zu beseitigen. Der Streik war lediglich eine politische Demonstration, und selbst wenn er keinen unmittelbaren Erfolg zeitigen sollte, steht zu erwarten, daß er nicht wirkungslos gewesen ist.

In einer offiziellen Rundgebung gibt die Reichsregierung zu erkennen, daß sie sich durch den Streik von dem als richtig erkannten Wege nicht abbringen lassen werde. Diese Rundgebung kann als eine gegen die Scharfmacher gerichtete Abkühlung gedeutet werden, die deren Hoffnung auf eine neue Aenderung des Kurses der inneren Politik herabmindern soll. Aber wie dem auch sein mag, jedenfalls muß aus den Vorgängen die Lehre gezogen werden, daß die Arbeiter einmütig zusammenstehen müssen, wenn sie Erfolge erzielen wollen. Auch einmalige Demonstrationen lassen sich ohne Organisation nicht mit der erforderlichen Wirksamkeit durchführen. Um mittel notwendig ist eine feste Organisation zur Verwirklichung der Ziele, für welche die Gewerkschaften ihren schweren Kampf führen. Es wäre zu wünschen, daß der Massenstreik das Verständnis für die Notwendigkeit der Organisation auch bei den Arbeitern geweckt hätte, denn dieses Verständnis bisher abgegangen ist.

Soziales.

Leistung und Arbeitslöhne.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Not in den Volksschichten, die nicht zu den Kriegsgewinnern gehören, immer härtere Formen annimmt. Darüber können alle Besorgnisse nicht hinweghelfen. So wird neuerdings auf das Anwachsen der Sparsparlagen hingewiesen. Nach Mitteilungen im amtlichen Jahrbuch des Deutschen Sparvereinsverbandes hätten in den Jahren 1915 und 1916 die Sparsparlagen mehr den angekauften Zinsen die Rückzahlungen um je etwa 200 Millionen Mark überschritten, und im Jahre 1917 sollen die Sparsparlagen noch eine weit größere Steigerung erfahren haben. Diese Zahlen beweisen aber nicht die wirtschaftliche Lage der breiten Volksschichten. Von dem einzigen Goldgrube, der auf die Kriegskriegskriegern niedergeht, fließt in manchen Geschäftszweigen auch ein Tropfen auf die Arbeiter an. Aber die Arbeiter mit hohen Kriegslöhnen bilden in der Masse ihrer Klassenangehörigen nur einen kleinen Bruchteil. Eine Uebersicht über die soziale Stellung der Arbeiter würde jedenfalls ergeben, daß das Anwachsen der Sparsparlagen in der Hauptsache von den Besitzverhältnissen zu danken ist als den Arbeitern.

Die Masse der Arbeiterschaft bedient der Kriegskriegskriegern. Je länger der Krieg dauert, desto mehr wächst der Mangel an Notwendigkeiten. Den unerschöpflichen werden wir von den Mangeln in der Ernährung betroffen. Wir haben einen unge-

heuren Behördenapparat, dessen Aufgabe es ist, die Volksernährung zu sichern. Für die breite Volksmasse äußert sich die sogenannte Ernährungsfürsorge hauptsächlich in der Verringerung der Nahrungsmittelmengen und in einer rapid steigenden Verteuerung der immer kleiner werdenden Portionen. Man könnte fast zu der Meinung kommen, dem Kriegsernährungsamt erscheine es wichtiger, den Landwirten hohe Gewinne zu sichern, als den Hunger der arbeitenden Bevölkerung zu stillen.

Ein Trauerspiel kann man die Versorgung mit Kartoffeln nennen. Der Preis der Kartoffeln der letzten Ernte wurde schon zu Beginn des vorigen Jahres festgesetzt. Der Ernteertrag war über Erwartung günstig, aber der Preis wurde nicht gesenkt, sondern durch die verächtlichen Schnellschneiders- und Anfuhrprämien noch beträchtlich erhöht. Dabei weigert man sich auf das entschiedenste, die wöchentliche Menge auf das Mindestmaß von zehn Pfund zu erhöhen. Den Landwirten bleiben genügend Kartoffeln als Viehfutter und für einen schwunghaften Schleichhandel, der städtischen Bevölkerung aber überläßt man es, auf Kohlrüben Jagd zu machen, die zum Zehnfachen des Friedenspreises verkauft werden. Das Kriegsernährungsamt ist aber darauf bedacht, auch für die Zukunft den Kartoffelpreis hoch zu halten. Für die Ernte 1918 ist bereits der Grundpreis für den Zentner Frühkartoffeln auf 8 Mk., für Spätkartoffeln auf 5 Mk. festgesetzt, wozu natürlich die nicht zu knappen Handelszuschläge kommen. Auch die famosen Schnellschneiders- und Anfuhrprämien werden nicht fehlen, doch soll deren Höhe erst später festgesetzt werden.

Ob wir im Späthjahr genügend Kartoffeln haben werden, steht noch dahin, aber daß sie sehr teuer sein werden, dafür ist jetzt schon gesorgt. An Gemüse war im letzten Erntejahr, wenigstens in den Städten, ein großer Mangel, und die an sich schon gepfefferten Höchstpreise wurden im Schleichhandel ganz bedeutend überschritten. Anscheinend werden für das Gemüse der nächsten Ernte noch ganz andere Preise gefordert werden. Ein Kleingärtner teilte kürzlich dem „Vorwärts“ seine Erfahrungen beim Bezug von Gemüsesamen aus Erfurt mit. Der Mann hatte mit den Preisen im Herbstkatalog der Firma gerechnet. Als er im Januar die Rechnung bekam, da wurde für je zehn Gramm Gemüsesamen gefordert: Blumenkohl 9 Mk. (gegen 3,20 Mk. im Herbstkatalog), Weißkohl 2 Mk. (gegen 1,50 Mk.), Kohlrabi 3 Mk. (30 Pf.), Rosenkohl 1,50 Mk. (40 Pf.), Krautkohl 70 Pf. (15 Pf.), Möhren 1,30 Mk. (60 Pf.), Zwiebeln 1,40 Mk. (60 Pf.), Saaterbsen kosten 4 bis 6 Mk. das Kilo, Bohnen das Kilo 10 bis 15 Mk. — Wenn das die maßgebenden Samenpreise sind, dann werden wir wohl auf den Genuß von Gemüse völlig verzichten müssen.

Unsere Ernährungspolitik ist von dem Grundgedanken geleitet, die rationierten Nahrungsmittel in so kleinen Mengen zuzuteilen, daß man dabei unmöglich bestehen kann. Wer nicht verhungern will, muß versuchen, sich hinterherum zu versorgen. Dadurch wird ein System des Betrugs und des Wuchers großgezogen, welches unser Volk geradezu demoralisiert. Hin und wieder begegnet man in den Zeitungen Angaben über Lebensmittelpreise im Schleichhandel. Da werden Getreide und Mehl zu 200 bis 300 Mk. der Zentner gehandelt; für Speck und Butter werden 12 bis 18 Mk. das Pfund und darüber gefordert. Es gibt auch Milch für 2 Mk. das Liter, Fleisch für 10 bis 12 Mk. das Pfund. Kurzum, es ist alles da, was der Magen begehrt, aber — nur für ein zahlungsfähiges Publikum.

Die Behörden sind über den Schleichhandel und seine Wege sehr gut unterrichtet, aber sie lassen es gewähren. Die einzige „große“ Tat war bisher das vom Kriegsernährungsamt veranlaßte Strafverfahren gegen den Magistrate von Neudölla, der der Jagd die Schellen angehängt und laut ausgesprochen hat, was die Spagen von den Dächern pflücken. In jüngster Zeit hat man gehört, daß Herr v. Waldow Konferenzen mit Vertretern der Zivil- und der Militärbehörden und der Industriellen gehalten hat, um die Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke zu erleichtern. Mit den geschlossenen Beschlüssen sollen sich dann auch die Vertreter der Arbeiterschaft einverstanden erklärt haben. Demnach würde eine energische Bekämpfung des Schleichhandels bevor. Das ist eine Botschaft, der wir mit großem Vertrauen gegenüberstehen. Der Schleichhandel kann nur unterbunden, und die Volksernährung kann nur auf eine gesunde Grundlage gestellt werden, wenn die Lebensmittel unmittelbar an der Erzeugungstelle erfaßt werden. Vor solchen „radikalen“ Maßnahmen, die den Uebergewinn der Agrarier beeinträchtigen würden, scheut aber das Kriegsernährungsamt zurück. Deshalb werden seine Saten wirkungslos Daldbreiten bleiben.

Das Ernährungsproblem ist das wichtigste, aber von der Leitung sind nicht nur die Nahrungsmittel, sondern alle Lebensbedürfnisse erfaßt. Die Wohnungsmittele sind zum Teil schon erhöht worden. Der Hauptstoß nach dieser Richtung steht aber noch bevor. Mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Mieten um 25 Prozent werden sich die Hausbesitzer schwerlich zufrieden geben. Von der gewaltigen Preissteigerung, welche die Genußmittel, besonders Bier und Zigaretten erfahren haben, wollen wir nicht reden. Man kann sich zur Not, so schwer es dem einzelnen auch fallen mag, durch Verzicht dieser Verteuerung entziehen. Unmöglich ist aber ein gleicher Verzicht bei der Bekleidung. Um die Bevölkerung zur Sparbarkeit zu erziehen, sind die Bezugspreise eingeführt worden. Es hätte ihrer kaum bedurft, die hohen Preise wirken abschreckend genug. Wer nicht ganz dringend ein Hemd, ein Paar Stiefel, einen Anzug braucht, wird sich die Anschaffung verweigern, wenn er nicht direkt oder indirekt zu der Zunft der Kriegsgewinner gehört. Die unerschwinglichen Preise zwingen dazu, jede notwendige Anschaffung bis auf das äußerste hinauszuschieben. Dabei schmelzen die Bestände beängstigend zusammen, um so mehr, als durch den Mangel an Nähharn und an Stoffwolle die Instandhaltung von Kleidern und Wäsche fast unmöglich gemacht wird.

Es wäre unrecht, wenn man verweigern wollte, daß auch die Arbeiterlöhne steigen sollten. Es kann ke-

gar zugegeben werden, daß die Lohnsteigerungen in einigen Zweigen der Kriegsindustrie sehr beträchtlich waren. Aber in dem großen Arbeiterheer bilden die hochentlohnenden Rüstungsarbeiter nur einen verschwindenden Bruchteil. Wenn man die während des Krieges eingetretene Erhöhung der Löhne auf durchschnittlich 100 Prozent schätzt, dann ist das sicher reichlich hochgerechnet. In sehr vielen Fällen beträgt die Lohnsteigerung gegenüber den Friedenslöhnen weit weniger als ein Drittel, und nicht wenigen Arbeitern wird zugemutet, ihren Lebensunterhalt mit den früheren Löhnen zu bestreiten.

Wie ist das möglich, wenn schon die rationierten Lebensmittel, die zur Sättigung nicht ausreichen, um etwa das Dreifache im Preise gestiegen sind. Bei der Kleidung und sonstigen Lebensbedürfnissen beträgt die Preissteigerung das Fünf-, Sechsfache, ja Zehnfache und noch mehr, ganz zu schweigen von den unentbehrlichen Lebensmitteln, die im Schleichhandel nur zu Phantasiapreisen erhältlich sind. Da gibt es aber scheinheilige Pharisäer, die gestützt auf vereinzelte Ausnahmefälle, ein Lamento entkommen über die angeblich so hohen Arbeiterlöhne. Wenn wirklich vereinzelt Tagesverdienste von 15 bis 20 Mk. und darüber vorkommen, dann braucht man sich darüber nicht aufzuregen, sondern wir müssen bedenken, daß diese Löhne nicht die Regel sind. Die Kaufkraft des Geldes ist demnach gesunken, daß solche Löhne noch nicht einmal ausreichen, um dem Arbeiter die frühere Lebensstellung zu gestalten.

Die Kreise, denen die angeblich zu hohen Arbeiterlöhne so große Sorgen machen, finden es aber ganz in der Ordnung, daß die Gewinne der Unternehmer ins Ungeheure steigen, daß die Aktionäre der für den Heeresbedarf arbeitenden Unternehmungen, die überhaupt keine nützliche Tätigkeit ausüben, märchenhafte Dividenden beziehen. Wenn man sich über zu hohe Einkommen entäußern will, dann müßten das die nächsten Objekte sein. Um so mehr, als diese Drohnen sich am Reich mästen. Die Kriegslieferungen für das Reich werfen diese hohen Gewinne ab. Das heißt, das Reich als Auftraggeber wird von seinen Lieferanten schmählich übertausen. Die Kriegsgewinne der Heereslieferanten muß das deutsche Volk zahlen, dem in Gestalt von immer neuen Steuern die Rechnung präsentiert wird. Die hohen Preise für die Kriegslieferungen sind zugleich ein Anreiz, die Preise für die Lebensbedürfnisse der bürgerlichen Bevölkerung höher zu schrauben.

Jetzt schon zerbrechen sich manche Leute ihre Köpfe darüber, wie es anzustellen ist, um die „ungesunden hohen Löhne“ der Arbeiter herabzudrücken. Wir wollen auch zugeben, daß ein Abbau der jetzigen Löhne in Betracht gezogen werden kann. Aber vorher muß ein Abbau, und zwar ein sehr gründlicher Abbau der Preise für die Nahrungsmittel und die sonstigen Lebensbedürfnisse eintreten. Sonst kann davon keine Rede sein; im Gegenteil, die Löhne sind jetzt im allgemeinen viel zu niedrig, und wir müssen uns bemühen, sie kräftig in die Höhe zu treiben.

Die Demobilisierung nach Friedensschluß wird für den Lohn ein kritischer Moment sein. Dann wird das Unternehmertum versuchen, gestützt auf das Ueberangebot von Arbeitskräften, den langeschleppten Abbau der Löhne energisch durchzuführen. Dann wird die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften vor eine schwere Probe gestellt sein. Achten wir darauf, daß wir dann nicht vom Sturm überrastet werden. Noch ist es nicht abzusehen, wann der Tag anbricht, der der Welt den Frieden wiedergibt. Aber wir haben keine Zeit zu veräußern. Wir müssen fortgesetzt unsere Reihen stärken, damit wir jederzeit gewappnet sind, zur Verteidigung unserer Rechte in die Schranken zu treten.

Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter.

Seit dem 1. Januar sind die Lebensmittelzulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter anderweitig geregelt. Die Betriebe werden nicht mehr direkt von den Reichsstellen beliefert, sondern die Lebensmittel fließen dem Kommunalverbänden zu. Diese müssen Angaben über die vorhandenen Zulageberechtigten machen, doch ist ihnen in der Unterverteilung innerhalb gewisser Grenzen freie Hand gelassen. So muß sich z. B. die Zulage an Brot für die Schwerarbeiter in den Grenzen von 15 bis 40 Prozent der Grundration halten; für Schwerstarbeiter von 40 bis 80 Prozent; Fleisch 20 bis 40 Prozent. An Fett sollen auf jeden Schwerstarbeiter mindestens 100 Gramm wöchentlich entfallen, die Höhe der Zuweisung an Schwerarbeiter ist freigestellt. Den bisher als zur Rüstungsindustrie gehörig anerkannten Werken muß, soweit dort Massenspeisungen eingerichtet sind, eine Fettmenge von 40 Gramm für jeden Teilnehmer wöchentlich zuteil werden. An Kartoffeln erfolgt eine Zuweisung von Reichs wegen nicht mehr, doch ist es den Kommunalverbänden überlassen, den Wochentopffah innerhalb der zugewiesenen Gesamtmenge unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung oder nach Altersstufen oder nach sonstigen Gesichtspunkten (also auf Kosten der Gesamtverbraucher) verschieden zu bemessen.

Für die Feststellung der Schwerstarbeiter hat das Kriegsernährungsamt eine neue, für das ganze Reich maßgebende Liste aufgestellt, die den Kommunalverbänden als Richtlinie zu dienen hat. Im Übrigen aber bestimmen diese, nach Anhörung der Arbeiterausschüsse, welche Arbeiterkategorien als Schwer- und als Schwerstarbeiter zu gelten haben. Der Begriff „Rüstungsarbeiter“ kommt für die Sonderverteilung von Zulagen nicht mehr in Betracht.

Von der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, findet bei der arbeitenden Bevölkerung steigendes Interesse. Die Zahl der bei der Gesellschaft eingegangenen Versicherungsanträge ist von 10.569 im Jahre 1915 auf 23.494 im Jahre 1916 und 38.862 im Jahre 1917 gestiegen.

Die von der Volksfürsorge eingerichtete Kriegsversorgungskasse gibt Anreizschneide zu 5 Mk. für Kriegsteilnehmer aus. Die eingezahlte Summe wird nach Beendigung des Krieges ohne Abzug unter die Hinterbliebenen

der gefallenen Versicherten nach Maßgabe der gelösten Anteilscheine verteilt. Bis zum Schluß des Jahres 1917 waren bei dieser Klasse für 58 800 Kriegsteilnehmer 90 000 Anteilscheine gelöst und dafür 450 000 Mk. eingezahlt worden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 6. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 7823 Max Heising, Eschl., geb. 8. 10. 77 zu Berlin.
62182 Ernst Lehmann, Eschl., geb. 1. 10. 72 zu Quatzig.
151754 Wilh. Wolfaang, Eschl., 7. 3. 63 zu Clausthal i. Harz.

- 222900 Hugo Gläsel, Pol., geb. 30. 10. 53 zu Berlin.
228220 Fritz Zellnast, Rixtenm., geb. 28. 7. 71 zu St. Long.
57452 Herm. Schumann, Eschl., geb. 3. 11. 63 zu Hintersee.
420337 Kasimir Deregowski, Berg., 24. 3. 90 zu Brandenburg.
421097 Roman Duz, Eschl., geb. 25. 2. 86 zu Wierßh.
422311 Wilh. Jänide, Korbm., geb. 20. 4. 77 zu Ziebingen.
500030 Georg Hentschel, Stellm., geb. 11. 2. 87 zu Pulsnitz.
702055 Hugo Esslenblätter, Eschl., geb. 13. 2. 72 zu Berlin.
734858 Jos. Dittler, Eschl., geb. 2. 10. 84 zu Kolobin.
735548 Jos. Grau, Rixtenm., geb. 10. 11. 66 zu Dopynen.
747283 Therese Dens, Holzarb., geb. 2. 2. 95 zu Zwiesel.
749029 Otto Rist, Eschl., geb. 18. 9. 65 zu Neusah.
767175 Herm. Buttus, Holzarb., geb. 13. 1. 61 zu Raguit.
772409 Rich. Lobach, Eschl., geb. 21. 10. 93 zu Klosterheide.
773110 Paul Wendland, Eschl., geb. 13. 9. 94 zu Logow.
775707 Bertha Schulz, Arb., geb. 6. 8. 90 zu Puttkus.
790443 Marie Sommerfeld, Korbst., 18. 4. 94 zu Helgoland.
Berlin SO. 10, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorstand.

Zentralkommission der Vergolder.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß Unterzeichneter als Vorsitzender gewählt ist. Wir ersuchen, alle Zuschriften an unten angegebene Adresse gelangen zu lassen.

Ferner ersuchen wir die Sektionen der in Vergoldereien und Leistenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen um Berichte a) über den Beschäftigungsgrad...

berichten um Berichte a) über den Beschäftigungsgrad vor dem Kriege und gegenwärtig, b) über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor dem Kriege und gegenwärtig, c) über die Höhe der Teuerungszulagen, welche in den Betrieben gezahlt werden.

An Orten, wo infolge des Krieges keine Sektionen der Vergolder mehr bestehen sollten, ersuchen wir die zuständigen Ortsverwaltungen, uns einen Bericht zugehen zu lassen. Wir bitten um baldige Erledigung.

Die Zentralkommission der Vergolder. J. A. Max Gerndt, Berlin D. 34, Seidenfeldstr. 10, II.

Gewerkschaftliches.

Emil Döblin gestorben.

Am 31. Januar ist der langjährige Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Emil Döblin, nach längerem Leiden gestorben. Mit ihm ist eine der markantesten Personen der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus dem Leben geschieden.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das dritte Quartal 1917.

Table with columns: Einnahme, Ausgabe, Zusammen. Sub-headers: Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen. Rows include: Beitrittsgeld, Beiträge, Extrabeiträge, Zins aus Kapitalien, Sonstiges, Zuschüsse aus der Hauptkasse, etc.

Am Schluß des dritten Quartals zählte der Verband 765 Zahlstellen, das sind 10 mehr als im vorausgegangenen zweiten Quartal und 14 weniger als im dritten Quartal 1916.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des dritten Quartals 1917 88 557, davon waren 68 502 männliche, 17 939 weibliche und 2 116 jugendliche Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder ist gegenüber dem vorausgegangenen zweiten Quartal um 11 216 gestiegen, und zwar die der männlichen um 4583, die der weiblichen um 6824 und die Zahl der jugendlichen Mitglieder um 809.

Von den größeren Zahlstellen hatten folgende die beigefügte Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen: Danzig 58, Elbing 42, Königsberg 55, Rastlin 33, Memel 66, Elasp 52, Tilsit 30, Ostrow 24, Rostock 24, Schwertin 31, Stettin 52, Strelitz 28, Breslau 198, Freiburg i. Schl. 31, Görlitz 63, Grünberg 21, Herischdorf 2, Langenels 26, Liebau 34, Liegnitz 107, Schweidnitz 36, Pölzig 41, Berlin 515, Brandenburg 36, Fürstberg 20, Neuzelle 68, Potsdam 38, Schneidemühl 71, Strausberg 35, Wittenberge 44, Dresden 182, Eppendorf 153, Königsberg 52, Köhlschönbroda 59, Wittweida 40, Mühlberg 35, Niederjesnitz 77, Riesa 84, Schandau 50, Waldheim 29, Zittau 24, Chemnitz 58, Düben 82, Cera 117, Bismarck 33, Johannegeorgenstadt 29, Leipzig 260, Wankelwitz 38, Schönheide 21, Zeitz 154, Zennitroda 59, Weickau-Berda 28, Coburg 269, Corbeitha 68, Esfeld 25, Curt 35, Gieselsberg 21, Hermsdorf 33, Hildburghausen 80, Jena 68, Naumburg 99, Naumburg 26, Neustadt b. Coburg 33, Wölk 121, Probstzella 25, Roda 45, Schalkau 114, Sonneberg 366, Etzsch 29, Tambach 74, Themar 36, Weimar 123, Bernburg 20, Braunschweig 50, Bura 21, Giesleben 717, Halle 46, Helmstedt 26, Magdeburg 36, Osterwieck 42, Bremen 557, Bremerhaven 109, Danzig 733, Danzig 110, Wegehof 97, Wilsdorf 22, Wismar 34, Cöster 48, Fehmarn 29, Göttingen 24, Hannover 11, Herford 143, Minden 19, Dornhanen 22, Bonn 62, Dortmund 65, Düsseldorf 172, Duisburg 34, Elberfeld 47, Eilen 69, Gelsenkirchen 23, Hagen 20, Köln 211, Krefeld 23, Rendingen 33, Andernach 37, Coblenz 27, Darmstadt 102, Frankfurt a. M. 51, Hanau 46, Kaiserslautern 63, Mainz 88, Mannheim 65, Wiesbaden 126, Saarbrücken 21, Worms 74, Erlangen 23, Al-Lettan 20, Arnach

84, Reheffen 36, Schney 78, Augsburg 85, München 195, Passau 26, Plattling 21, Bruchsal 21, Ehlingen 26, Friedrichshagen 39, Hall 31, Karlsruhe 27, Kirchheim 69, Marbach 25, Oberndorf 63, Ravensburg 52, Reutlingen 34, Schramberg 25, Schweningen 44, Straßburg 28, Stuttgart 197, Ulm 60, Urach 64.

Einen größeren Verlust hatten die Zahlstellen: Hennigsdorf 12, Spandau 14, Brand 11, Oibernhan 28, Stolpen 22, Schleiz 67, Frankenhäusen 17, Rieburg 18, Fürth 96, Mühlberg 22, Hosenheim 10, Lahr 12.

Neu aufgenommen wurden im dritten Quartal 8060 (3923 im dritten Quartal 1916) männliche, 8277 (870) weibliche und 1193 (20) jugendliche, zusammen 17 530 (5023) Mitglieder. Gegenüber dem zweiten Quartal sind das 7612 und gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres 12 507 Aufnahmen mehr.

Die Summe der vereinnahmten Wochenbeiträge betrug in diesem Quartal 523 808 Mk., im vorausgegangenen zweiten Quartal 472 840 Mk. und im dritten Quartal des Vorjahres 453 424 Mk. Von den männlichen Mitgliedern wurden im dritten Quartal 789 477 Beiträge zu 60 Pf., 1414 Beiträge zu 55 Pf. und 2648 Beiträge zu 50 Pf. zusammen 794 579 Beiträge, von den weiblichen Mitgliedern 170 514 Beiträge und von den jugendlichen Mitgliedern 19 619 Beiträge entrichtet. Hiernach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 11,6 Beiträge, gleich 89,2 Prozent des Vollbeitrags, auf das einzelne weibliche Mitglied 9,5 Beiträge, gleich 78,1 Prozent des Vollbeitrags, und auf das einzelne jugendliche Mitglied 9,3 Beiträge, gleich 71,5 Prozent des Vollbeitrags.

Der Anteil der Hauptkasse an den Lokalbeiträgen betrug im dritten Quartal 41 078 Mk., an Extrabeiträgen gingen im gleichen Zeitraum 4430 Mk. ein. Von den Lokalkassen wurden im dritten Quartal 3907 Mk. als Zuschuß an die Hauptkasse abgeführt.

Die Ausgaben haben sich gegenüber dem zweiten Quartal wenig verändert: so sind die Reiseunterstützung, die Arbeitslosenunterstützung und die Umzugsunterstützung fast in gleicher Höhe wie in dem vorausgegangenen Quartal zu verzeichnen. Die Streikunterstützung, welche im zweiten Quartal nur den Betrag von 202 Mk. erforderte, ist in diesem Quartal auf 26 818 Mk. gestiegen. Die Krankenunterstützung ist um 5609 Mk., gleich 6,1 Prozent, die Gemahregelunterstützung um 195 Mk., gleich 0,4 Prozent, die Unterstüzung in Sterbefällen um 410 Mk., gleich 1,8 Prozent, und die Ausgaben für Rechtschutz um 315 Mk., gleich 0,3 Prozent, gestiegen. Zurückgegangen ist die Kot-

fallunterstützung um 360 Mk., gleich 25 Prozent. Für die Familienunterstützung wurden 9067 Mk. ausgegeben. An die Lokalkassen wurden von ihrem Guthaben 4701 Mk. zurückgezahlt.

Die Aufenthaltunterstützung wurde von 21 Empfängern mit 38 Mk. in Anspruch genommen, davon entfallen auf Berlin 14 Empfänger mit 30 Mk. Die anderen 7 Empfänger mit 8 Mk. verteilen sich auf die übrigen in Betracht kommenden Orte.

Der Abschluß des Quartals ergibt eine Mehreinnahme von 227 443 Mk., im vorausgegangenen zweiten Quartal war eine solche von 239 210 Mk. zu verzeichnen.

Anschließend bringen wir die Zusammenstellung der Lokalkassen im dritten Quartal 1917:

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben. Sub-headers: Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen. Rows include: Kassenbestand vom zweiten Quartal 1917, Anteil der Lokalkassen an den Wochenbeiträgen, Lokalbeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen, Zuschuß aus der Hauptkasse zurück, etc.

Kassenbestand für das dritte Quartal 1917: Angelegt 1 277 493 10 Mk., zu bar 316 633 02, Summa 1 594 126 12.

Der Verband vom 2. Februar 1918.

Berlin verlegt. Döblin hat unter schwierigen Verhältnissen das Steuer des Verbandsschiffes ergriffen, und er hat es in der Folgezeit sicher durch alle Fährnisse geleitet.

Die Eignungsverlegung unter den gegebenen Verhältnissen ist den Buchdruckern von der übrigen Arbeiterschaft arg verdächtigt worden, man hat damals lange spottweise vom königlich preussischen Gewerkeverein der Buchdrucker gesprochen. Von diesem Spott ließ sich Döblin nicht anstecken. Mit klarem Blick erkannte er, was der Organisation von Nutzen war, und so hat er unbeeinträchtigt am Wiederaufbau des Buchdruckerlagers gearbeitet, der erstmalig im Jahre 1873 abgeschlossen, in dem erfolglosen Neunstundenkampf im Jahre 1891/92 in die Brüche gegangen war. Im Jahre 1896 wurde der Tarifvertrag erneuert. Die Errichtung des Tarifamts hat ihm für die Folge einen festen Halt gegeben. Wieder wurde der Buchdrucker-Verband und vor allem sein Vorsitzender Döblin das Ziel heftiger Angriffe aus der Arbeiterschaft, ja in der eigenen Organisation erwuchs ihm eine Opposition, die sich sogar zu einer Abspaltung verdichtete, der jedoch kein langes Leben beschieden war. Im Jahre 1899 hatte aber Döblin die Genugtuung, daß nach einem Referat der Gewerkschaftskongress mit großer Mehrheit die Tarifverträge als erstrebenswerte Einrichtungen bezeichnete. Heute gibt es in dieser Hinsicht keinen Zweifel mehr, und die Tarifverträge gewinnen eine immer weitere Verbreitung. Für Döblin bleibt es ein Ruhmestitel, daß er ein Pionier des Tarifvertragsgedankens, für diesen schon zu einer Zeit gekämpft hat, als sich die Masse der Arbeiterschaft noch heftig gegen diesen Gedanken sträubte.

Nach in einer anderen Beziehung hat Döblin und mit ihm der Buchdrucker-Verband konsequent einen Gedanken verfolgt, der von vielen Arbeitern nicht verstanden wurde, nämlich die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften. Döblin selbst schrieb hierüber im Jahre 1916 anlässlich des 50jährigen Bestehens des Buchdrucker-Verbandes im "Correspondenzblatt" der Generalkommission: „In einer Zeit, wo die Arbeiter alles Heil von der politischen Betätigung erwarteten, konnte man nicht verstehen, daß eine Arbeiterbewegung auf neutralem Boden Erfolge erzielen wollte. Die Betonung des Klassenkampfes und die Hervorhebung des politischen Standpunktes galten als nützlicher als die Kleinarbeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage. Die Buchdrucker waren naturgemäß die Schrittmacher der neuen Wege und mußten, wollten sie etwas Praktisches schaffen, ihre Maßnahmen den Verhältnissen anpassen.“

In der Betonung der parteipolitischen Neutralität hat Döblin seinem Verbande auch durch sein persönliches Verhalten ein Beispiel gegeben. Er ist politisch nirgends hervorgetreten; sein ganzes Streben galt den Gewerkschaften. Als Mitglied der Generalkommission, der er seit 1905 angehört hat, hat auch die Gesamtheit der Gewerkschaften von seinem reichen Wissen und Können profitiert. Unter Döblins Leitung hat sich die Organisation der Buchdrucker glänzend entwickelt. Nicht nur was die Organisation der Berufsangehörigen angeht, sondern auch in seinen Einrichtungen und Leistungen kann der Buchdrucker-Verband als Musterorganisation angesehen werden.

Emil Döblin ist 65 Jahre alt geworden, 30 Jahre lang stand er an der Spitze des Buchdrucker-Verbandes. Nicht nur diese Organisation, die gesamte Gewerkschaftsbewegung hat dem Verstorbenen viel zu danken. Wo man in der Geschichte der Gewerkschaften die besten Namen nennt, da wird man auch Emil Döblins in Ehren gedenken.

Der Fabrikarbeiter-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 bedeutend gesteigert. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung im Verbandsorgan wurden im Jahre 1917 52614 Mitglieder aufgenommen, während in der gleichen Zeit der Abgang durch Austritt, Streichung, Abreise, Tod usw. 20225 beträgt. Dementsprechend ist die

Mitgliederzahl von 80545 Ende 1916 auf 110804 Ende 1917 gestiegen. Unter Einrechnung von 103232 im Seeresdienst befindlichen Mitgliedern würde die Mitgliederzahl Ende 1917 210710 betragen, wobei jedoch eine Reihe von Zahlstellen, von denen keine Berichte vorliegen, nicht berücksichtigt ist. Am 1. August 1914 zählte der Verband 199157 Mitglieder. Sehr stark war die Zunahme der weiblichen Mitglieder. deren Zahl stieg im letzten Jahre von 22076 auf 40710. Der "Proletarier" stellt fest, daß das Jahr 1917 einen Fortschritt gebracht hat, der nur einmal seit Bestehen des Verbandes übertroffen worden ist.

Der Verband der Schiffszimmerer

beabsichtigt eine Aenderung der Unterstützungseinrichtungen und der Beiträge vorzunehmen. Nach der Vorlage des Verbandsvorstandes, die sich an die in unserm Holzarbeiter-Verband durchgeführte Aenderung anlehnt, sollen zwei Beitragsklassen mit 80 und 100 Pf. Beitrag eingeführt werden. Die Wahl der Beitragsklasse bleibt den Zahlstellen überlassen. Lehrlinge zahlen 20 Pf. Beitrag. Zur Berechnung ihrer Unterstützungsansprüche werden ihre Beiträge in folge der Vollmitglieder umgerechnet. Die Vorlage, die auch eine Neuregelung der Unterstützungseinrichtungen vorsteht, wird den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreitet.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Rechtsfragen bei Todesfällen. Erläutert von Arbeitersekretär Alfred Peikert. Verlag der Buchdruckerei Zinke u. Richter, Breslau, Blücherplatz 14. Preis 40 Pf.

Bildung und Krieg. Von Max Adler. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., Wien VI. Preis 50 Pf.

Die kleine Broschüre gibt die Rede wieder, die der Verfasser vor einer akademischen Friedensversammlung in Wien gehalten hat.

Technik für Alle. Technische Monatshefte für Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Flug-, Schiffs- und Bergbautechnik, Handel, Industrie und Weltwirtschaft. 8. Jahrgang (1917/18). Jedes Heft enthält einige größere Abhandlungen und eine Reihe kleinerer Artikel über technische Fortschritte und Erfindungen, meist reich mit Bildern geschmückt. Preis vierteljährlich 1,45 Mk. (Stuttgart, Verlag der "Technik für Alle", Franckhsche Verlagshandlung.)

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Einnahme im Januar.

Ueberschuß sandten ein: Nürnberg 1800, Berlin J 1500, Eslingen 800, Berlin A, Lichtenberg, Dresden-A. je 600, Augsburg, Reinickendorf, Wilmersdorf, Siegburg, Westhofen (Ahr) je 500, Spandau 458,10, Bayreuth, Cassel, Chemnitz, Dortmund, Düsselndorf, Lindenau, Budau, Wörth je 400, Gevelsberg 350, Mariendorf, Köln II, Kall, Rath-Heumar, Emmendingen, Hörde, Neuwied, Randersacker, Rheingönheim, Cannstatt, Obertürkheim, Würzburg II je 300, Bödingen 280, Brix, Mühlheim a. Rh., Höchst, Ludenweide, Kassel, Winkel je 250, Baugen, Vendorf, Brandenburg, Coblenz, Deuben, Quisburg, Eberswalde, Erlangen, Effen, Halle, Jena, Johannisberg, Lägerdorf, Gohlis, Leipzig, Kettin, Ludwigshafen, Magdeburg, Alte Neustadt, München III, Rosenheim, Schwerin, Schwerte, Bothnang, Welschnaureuth, Müllroth, Würzen je 200, Oberkirch 130, Bremerhaven, Göhr, Lüneburg je 120, Bergshofen, Bernau, Dielefeld, Coswig, Detmold, Elberfeld, Fellbach, Friedrichs-

hagen, Friesenheim, Cröllwitz, Heilbrunn, Beiertheim, Landau, Böbau, Loschwitz, Lübbena, Bregeheim, Rowames, Oldesloe, Porz, Potsdam, Rudolstadt, Endlingen, Tharandt, Trotha, Zeulenroda je 150, Nachen, Adlershof, Altbad, Friedrichsfelde, Hohen-Schönhausen, Bobenheim, Böhlitz-Ehrenberg, Bohnsdorf, Waldau, Dellbrück, Dünnewald, Crefeld, Emmersdorf, Durlach, Eilenburg, Eisingen, Emmerich, Flvershofen, Flensburg, Frankenthal, Göttingen, Gotha, Haibach, Herdecke, Hohenheim, Königszell, Köpfchenbroda, Kulmbach, Koffheim, Marburg, Weiderich, Memmingen, Merseburg, Oberramstadt, Dagersheim, Osendorf, Osterwieck, Passau, Pfleumheim, Rastatt, Reichenbach i. B., St.-Gangloff, Schönau, Schwemlingen, Soden, Stade, Wangen, Theissen, Unterargine, Unterfödiß, Weilburg, Wintersdorf, Witten je 100, Arnstadt, Unterhans, Hochstadt, Prenzlau je 90, Mürtingen, Eingen, Spoltau, Tiegendorf je 80, Großenritte, Cöthen, Gorkis, Helbra, Schweidnitz je 75, Goldlanter, Finneberg, Pöbued je 70, Borsdorf, Coburg, Colditz, Seibschwitz, Gelnhäusen, Gundelsheim, Seyda, Rahlö, Niederberg, Brißwalk, Regensburg, Themar je 50, Apolda 30, Quittelsdorf 23 Mk.

Table with 2 columns: Description and Amount. Summe der Ueberschüsse 34746,10 Mk., Beiträge von Einzelmitgliedern 2823, Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern 7,10, Zinsen 2981, Sonstige Einnahmen 114,80. Gesamteinnahme 40672,00 Mk.

Ausgabe im Januar.

Zuschuß erhielten: Mainz 600, Berlin E 500, Offenbach 400, Darmstadt, Reudnik, Sellenhausen, Mundenheim, Nedarau, Schweinfurt, Straßburg, Stuttgart, Zeitz je 300, Grünwettersbad, Leipzig I, Wesseling je 250, Alzenau, Aschaffenburg, Badnang, Biebrich, Bonn, Pöckendorf, Pöhl, Dietesheim, Elmshorn, Hamburg IV, Hamburg V, Hochspeyer, Jechenhäusen, Lorch, Budenheim, Feudenheim, Plamburg, Neu-Isenburg, Oppau, Schwezingen, Wahren, Weiskensels, Wittenberg je 200, Spiegelberg 160, Bunzlau, Frankfurt III, Rüppurr, Nieder-Erlenbach, Reuhäusen, Güstrow, Hainhausen je 150, Draais 140, Großenhain 125, Arzheim, Schöneberg, Sickingen, Burgstädt, Grödingen, Hausen, Keltheim, Walsch, Mülln, Mühlhausen, Nied, Niederzwehren, Saarbrücken, Scheuditz, Schleich, Stockstadt, Taubertshausen, Wilbel, Ziegelhausen je 100, Eisleben, Plana je 80, Brieg 70, Frankfurt a. D., Gorma, Al.-Auheim, Nassberg, Saalfeld je 50 Mk.

Table with 2 columns: Description and Amount. Summe der Zuschüsse 13405,00 Mk., Krankengeld an Einzelmitglieder 2402,71, Sterbegeld an Einzelmitglieder 93,50, Sonstige Ausgaben 4688,82. Gesamtausgabe 20590,03 Mk.

Table with 2 columns: Description and Amount. Gesamteinnahme 40672,00 Mk., Gesamtausgabe 20590,03, Zunahme des Vermögens 20081,97 Mk.

A. H u d, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Erstklassige. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg.

Im Januar sandten Ueberschüsse ein: Siegburg 500 Mark, Fürth 250, Berlin C, Barmen, Braunschweig je 200, München 100, Hamburg III 75, Martrastadt 60, Liegnitz, Weimar je 50 Mk. Summa 1685 Mk.

Zuschuß erhielten: Saan, Offenbach je 200 Mk., Celle 150, Burg, Harburg je 100, Magdeburg 75, Laupheim 50 Mk. Summa 875 Mk.

J u l. M a s m a n n, Hauptkassierer.

Geprobene Mitglieder.

- List of members with names and professions: Karl Wolf, Korbmacher, 40 J., gest. in Gießen; Chr. Wohlesse, Tischler, 70 J., gest. in Magdeburg; Aug. Sonnacker, gest. in Duisburg; Marie Meier, Hilfsarbeiterin, 48 J., gest. in Kiel; Wilh. Gittelbein, Tischler, 58 J., gest. in Oldenburg; Rudw. Jung, Schreiner, 49 J., gest. in Frankfurt a. M.; Max Holzmann, gest. in Kempten; Heinz Schaeffe, Tischler, 63 J., gest. in Harburg a. d. Elbe; Gottfried Pfaffen, Tischler, 65 J., gest. in Altranburg; Eine Winker, Arbeiterin, gest. in Halle a. d. S.; Anton Dorn, Schreiner, 56 J., gest. in Altranburg; Carl Regel, Schreiner, 31 J., gest. in München; Carl Anapich, Tischler, 52 J., gest. in Altranburg; Hans Schiller, Tischler, 46 J., gest. in München; G. Schönbartensfeld, Polier, 48 J., gest. in München; Paul Geiter, Schreiner, 56 J., gest. in Altranburg; Ernst Federichs, Schreiner, 59 J., gest. in Altranburg; Johann Reichel, Tischler, 52 J., gest. in Altranburg; Paul Schlemmer, Tischler, 63 J., gest. in Harburg; Carl Michael, Tischler, 15 J., gest. in Harburg.

2 tüchtige Tischlergesellen

auf bessere rohe eichene Möbel für sofort gesucht. Erich Bohe, Barnth (Markt).

Möbeltischler finden Beschäftigung

bei Walter Starig, Finsterwalde (M.-L.).

Tüchtigen Tischler sucht Tischlermeister

Friedrich Spoor, Jena (Thür.), Griesgasse 10.

Bau- und Sargtischler

sucht ein C. Anhate, Rastenburg (Ostpr.).

2 Drechsler auf Rund und Oval gesucht.

Rich. Fischer, Gorkis, Breite Straße 10.

20 Korbmacher

auf runde Geflochtenen werden sofort ein Carl & H. H. H. H., Rastenburg.

Korbmacher auf Geflochtenen

werden gesucht. Zahlstelle Magdeburg, Gr. Storchstr. 7.

Siehe die Zahlstellenbibliothek!

Holzarbeiter-Zeitung 1917

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Leim kauft als Selbstverbraucher

Röjener, Berlin, Andreasstraße 27, III.

Rodelschlitten-Kufen!

Esche, gebogen, prima Ware 1,00 m, 1,20 m, 1,40 m, 1,60 m Holzlänge 3,50 M., 4,00 M., 4,50 M., 5,25 M. für ein Paar bis 2,00 m Lieferbar. M. WALTHER, Dresden 22, Rehfelder Straße 51.

Aus meinem Leben.

Von August Bebel. 75 Mk., Gebundene 8,50 Mk. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Baritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verarbeitet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 26. Januar, bis Freitag, 1. Februar 1918.

A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Table with columns: Ort, Zahlstellen, Möbel-tischler, Maschinen-arbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows for Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eilenburg, Forth, Hamburg, Hannover, Herzfeld, Leipzig, Lübeck, Zusammen, Vor. Woche.

Das Kapital.

K. Marx. Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Buch: Der Produktionsprozeß des Kapitals, 3 Bände. 1. Band 708 S., Gebd. 6,50 Mk.

Lohnbuch für Holzarbeiter

Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das von uns herausgegebene Lohnbuch für Holzarbeiter. Kleine Ausgabe, enthaltend 40 Seiten, 10 Pf. 50 Stück 4,50 Mk. Große Ausgabe, enthaltend 80 Seiten, 20 Pf. 50 Stück 9,- Mk. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16.